

## 1. Demokratisierung und Nachhaltigkeit

Die Europäische Union (EU) muss sich schnell und konsequent auf den Weg hin zu einer nachhaltigen Entwicklung innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten machen.

a. Setzen Sie sich dafür ein, dass die Prioritäten der EU konsequent an den UN-Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet werden und die EU verbindliche Maßnahmen beschließt, um die Ziele bis 2030 zu erreichen?

**A: Ja, selbstverständlich. Unsere Forderungen dazu haben wir in unserem Wahlprogramm klar definiert.**

b. Das Einstimmigkeitsprinzip im Rat der EU verhindert progressive Politik. Werden Sie auf die Abschaffung der Einstimmigkeit für fiskalische Aspekte im Rat hinwirken, um die EU handlungsfähiger zu machen?

**A: Da pflichten wir Ihnen bei. In einem demokratischen System ist es völlig normal, dass es Entscheidungen gibt, die einzelne Mitglieder nicht befürworten. Das Mehrheitsprinzip ist jedoch essentiell, um die Handlungsfähigkeit der Entscheidungsträger\*innen zu gewährleisten. Das Einstimmigkeitsprinzip bei mehr Entscheidungen einzuführen würde die Handlungsfähigkeit beeinträchtigen und im schlimmsten Fall wichtige Entscheidungen blockieren.**

c. Werden Sie sich für die konsequentere Umsetzung der Aarhus-Konvention einsetzen und sich den Versuchen einiger Mitgliedstaaten entgegenstellen, öffentliche Partizipation besonders auch in Umweltfragen einzuschränken?

**A: Die konsequente Umsetzung sollte Grundlage jeder Handlung in Umweltrecht sein.**

2. Mit dem letzten Dürresommer hat die Klimakrise auch im Bewusstsein der Menschen endgültig Europa erreicht: Ernteschäden, Kraftwerke denen Kühlwasser fehlte, eine Binnenschifffahrt die auf dem Trockenen lag und Waldbrände waren die Folgen. Was wird Ihre Partei dafür tun, um die internationalen Vereinbarungen des Pariser Klimaschutzabkommens einzuhalten?

a. Werden Sie die Forderung nach einer treibhausgasneutralen EU bis spätestens 2050 unterstützen und einer entsprechenden nötigen Verschärfung des europäischen Emissionsreduktionsziels auf mindestens 55 Prozent bis 2030 zustimmen?

**A: Ja, natürlich. Eigentlich ist das Ziel 2050 viel zu sehr in der Zukunft. Die Wirtschaft muss sich der Umwelt anpassen, nicht umgekehrt.**

b. Setzen Sie sich für einen effektiven und sozial gerechten CO<sub>2</sub>-Mindestpreis ein?

**A: Ja, wobei „Sozial gerecht“ noch definiert werden müsste.**

c. Setzen Sie sich im Sinne einer nachhaltigen Verkehrswende für eine Reduktion des Flugverkehrs durch eine europaweite Besteuerung von Flugbenzin und Flugtickets ein?

**A: Dafür. In Deutschland wäre eine Einführung der Kerosinsteuer (und damit die indirekte Subventionierung) sehr schnell politisch machbar. Dieses international durchzusetzen, wird wahrscheinlich am Einfluss der großen Fluggesellschaften scheitern.**

### 3. Ressourcen und Kreislaufwirtschaft

Unser wachsender Ressourcenverbrauch geht mit erheblichen ökologischen Belastungen wie dem Verlust der Artenvielfalt, der Belastung der Gewässer sowie steigenden Treibhausgasemissionen einher. Die EU muss deshalb die Vorreiterinnenrolle für eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft einnehmen.

a. Setzen Sie sich für verbindliche Reduktionsziele für den Rohstoffverbrauch pro Einwohner\*in sowie für fiskalpolitische Instrumente ein, z.B. eine Materialinputsteuer, um den absoluten Ressourcenverbrauch in der EU zu senken?

**A: Diese Forderung unterstützen wir. Wir müssen lernen, von einer „Wegwerfgesellschaft“ zu einer Bedarfsgesellschaft zurückzukehren. Anders ist die rücksichtslose Ausbeutung des Planeten nicht aufzuhalten.**

b. Setzen Sie sich gemäß der europäischen Abfallhierarchie für eine stärkere Verankerung von Reparierbarkeit und Wiederverwendung in der EU-Ökodesignrichtlinie ein?

**A: Ja. Dazu gehört aber auch, den Menschen ein Bewusstsein zu geben, mit den Dingen sorgsamer umzugehen.**

c. Werden Sie sich für die Abschaffung umwelt- und klimaschädlicher Subventionen und für die Einführung von Verursacherabgaben einsetzen?

**A: Selbstverständlich ein klares Ja! Im Fokus muss die Umwelt, der Menschen- und Tierschutz liegen, nicht wirtschaftliche Interessen.**

### 4. Landwirtschaft

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU muss das Instrument sein, das eine nachhaltige, ökologische und sozial gerechte Landwirtschaft in Europa ermöglicht. Nach dem Prinzip „öffentliche Gelder nur für öffentliche Leistungen“ muss sie den Schutz von Natur, Biodiversität, Klima, Boden, Luft, Wasser und Tieren sicherstellen und somit auch dazu beitragen, die Ziele zu erreichen, zu der sich die EU verpflichtet hat.

a. Setzen Sie sich für eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik ein, die die Leistungen einer bäuerlichökologischen Landwirtschaft deutlich stärker honoriert, artgerechte Tierhaltung fördert und umweltschädliche Subventionen beendet?

**A: Das ist eines unserer Kernthemen. Die bisherige Verteilung nach Größe der Fläche und Anzahl der Tiere führt zu fatalen Fehlanreizen, nämlich zugunsten von agrarindustriellen Strukturen und Massentierhaltung, wodurch riesige Konzerne und Tierqual gefördert werden. Stattdessen müssen kleine Landwirtschaftsbetriebe, die nachhaltig und umweltschonend produzieren, gefördert werden. EU-Subventionen müssen zu 100 % an Umweltschutz, Artenschutz, Tierschutz und soziale Kriterien gekoppelt werden! Massentierhaltung führt zu einer Kontaminierung des Grundwassers, sie trägt maßgeblich zu Klimaerwärmung und Artensterben bei und ist auch verantwortlich für eine Zunahme von auch für den Menschen lebensbedrohlichen Tierseuchen. Ohne Massentierhaltung würden sich auch all diese Probleme verringern.**

b. Unterstützen Sie eine deutliche Senkung des Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft und grundlegende Reformen des Systems der Risikobewertung, Zulassung und Kontrolle von Pestiziden?

**A: Pestizide (wie Glyphosat) sind für die derzeitige dramatische Reduzierung der Artenvielfalt mitverantwortlich und es können gesundheitsschädigende Auswirkungen durch den Verzehr von Produkten, die Rückstände enthalten, nicht ausgeschlossen werden. Wir fordern sofortiges Verbot**

von Glyphosat und anderer gefährlicher Pestizide, sowie eine komplette Reform der EU-Zulassungsverfahren und strenge Kriterien für neue Pflanzenschutzmittel in der Landwirtschaft.

c. Werden Sie für die Erhaltung des EU-Gentechnikrechts und die Regulierung neuer Gentechnikverfahren sorgen, um Vorsorgeprinzip und Wahlfreiheit zu gewährleisten?

**A: Wir sprechen uns konsequent gegen Patente auf Tiere und Pflanzen aus und fordern zusätzlich ein Verbot von Anbau und Import gentechnisch manipulierter Organismen. Wie die Langzeitwirkung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln auf die menschliche Gesundheit ist, steht heute noch nicht fest. Daher ist es aus Gründen eines transparenten Verbraucherschutzes unabdingbar, dass gentechnisch veränderte Lebensmittel EU-weit einheitlich und gut ersichtlich gekennzeichnet werden.**

## 5. Naturschutz und Biodiversität

In Europa sind fast ein Viertel aller wildlebenden Tierarten gefährdet oder vom Aussterben bedroht. Lediglich für die Hälfte der zum Schutz gefährdeter Arten und Habitate eingerichteten Natura-2000 Schutzgebiete existieren Bewirtschaftungspläne mit Erhaltungszielen und -maßnahmen. Die EU hat sich verpflichtet, den Biodiversitätsverlust und die Verschlechterung der Ökosysteme und ihrer Leistungen bis 2020 zu stoppen sowie geschädigte Ökosysteme soweit wie möglich wiederherzustellen. Diese Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie wird die EU allerdings nicht erreichen.

a. Stehen Sie dafür ein, dass die EU mehr Anstrengungen unternimmt, um den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen und insbesondere der mangelnden Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie in den Mitgliedstaaten zu begegnen?

**A: Auch das ist eines unserer Kernthemen. Die Reduzierung/Verbot von Pestiziden ist einer unserer Ziele.**

b. Setzen Sie sich für die Erhaltung der Wasserrahmenrichtlinie und deren vollständige Umsetzung in allen Mitgliedstaaten ein?

**A: Ja, auch das ist eine Grundlegende Forderung unserer Partei.**

c. Unterstützen Sie eine zweckgebundene Naturschutzfinanzierung in Höhe von 15 Milliarden Euro, um das Schutzgebietsnetz Natura-2000 und weitere biodiversitätssichernde Maßnahmen zu finanzieren?

**A: Ja, obwohl es für uns fraglich ist, ob 15 Milliarden Euro dafür ausreichend sein werden. Zumindest muss klar kontrolliert werden, wo diese Gelder ausgegeben werden. Wenn man überlegt, welche Summen im Rüstungsbereich ausgegeben werden, ist diese Summe beinahe lächerlich.**

## 6. Umwelt und Gesundheit

Die Gefahr von Schadstoffen für die Umwelt und die menschliche Gesundheit ist eine der großen Herausforderungen, die wir dringend in Angriff nehmen müssen. Gefährliche Stoffe in Produkten müssen konsequent nach dem Vorsorgeprinzip reguliert werden und dürfen nicht in den Recyclingkreislauf gelangen. Die an der Wirtschaftskette Beteiligten, inklusive Verbraucher\*innen, müssen Zugang zu allen wichtigen Informationen über die verwendeten Materialien bekommen.

a. Setzen Sie sich für eine strikte Beibehaltung des Verursacher- und des Vorsorgeprinzips und einer entsprechend konsequenten Umsetzung der EU-Chemikalienverordnung REACH ein?

**A: Ja**

b. Engagieren Sie sich für eine am Vorsorgeprinzip ausgerichtete Regulierung von hormonschädlichen Stoffen in verbrauchernahen Produkten?

A: Ja

c. Setzen Sie sich dafür ein, dass Produkte nur solche Stoffe enthalten, die eine für Mensch und Umwelt gefahrlose Wiederverwendung von Materialien ermöglicht?

A: Ja, diese Forderung sollte eigentlich von jedem mit gesundem Menschenverstand unterstützt und gefördert werden.